Mobilisierung im Nationalsozialismus

Veranstalter: DFG-Projekt „Die NS-Gaue als Mobilisierungsstrukturen für den Krieg“, Universität Jena; in Kooperation mit dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam
Datum, Ort: 10.03.2010–11.03.2010, Jena
Bericht von: Julia Möckl, DFG-Projekt „Die NS-Gaue als Mobilisierungsstrukturen für den Krieg“, Universität Jena; Josephine Ulbricht, Historisches Seminar, Universität Leipzig

„Allerorten Mobilisierung“ – diese Feststellung Rüdiger Hachtmanns beschreibt recht treffend den bisweilen inflationären Gebrauch des Mobilisierungsbegriffes in der aktuellen NS-Forschung. Diesen Begriff zu schärfen und kritisch auf seine analytische Tauglichkeit zu prüfen, war eines der zentralen Anliegen des Workshops „Mobilisierung im Nationalsozialismus“ am 10. und 11. März 2010 in Jena. Er wurde von Jürgen John, Oliver Werner, Joachim Hendel und Thomas Schaarschmidt im Rahmen des DFG-Projekts „Die NS-Gaue als Mobilisierungsstrukturen für den Krieg“ durchgeführt. Anhand von zwei Politikfeldern (Rüstungs- und Ernährungswirtschaft) und sechs ausgewählten NS-Gauen des „Altreiches“ untersucht dieses am Historischen Institut der Friedrich-Schiller-Universität Jena angesiedelte Projekt seit Sommer 2009 Rolle und Funktionen der NS-Gaue als Mittelinstanzen und Sondergewalten im nationalsozialistischen Kriegs- und Herrschaftssystem der Jahre 1936 bis 1945 in vergleichender Perspektive. Damit konzentriert es sich auf die Kernzeit wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Mobilisierung im Nationalsozialismus zwischen „Vierjahresplan“ und „totalem Krieg“.

In seinem ersten Workshop griff das Jenaer Projekt den Mobilisierungsbegriff und die Frage nach der Mobilisierungsfähigkeit des NS-Regimes für Herrschaft und Krieg auf. Es wandte sich so einem zentralen und in der neueren NS-Forschung viel diskutierten Problem zu. Die Veranstaltung sollte Gelegenheit bieten, dieses Problem im Kreis ausgewiesener Experten der NS-Forschung und einschlägige Dissertationsthemen bearbeitender Doktoranden intensiv zu erörtern. Dafür wurden drei Themenblöcke gebildet, kurze Impulsreferate vereinbart und für weitere Themen Thesenpapiere eingefordert, die in der Diskussion kurz vorgestellt bzw. kommentiert wurden. Zudem formulierten die Veranstalter vor dem Workshop Thesen, auf die sich die Impulsreferate und eingereichten Thesenpapiere bezogen und die Projektleiter JÜRGEN JOHN (Jena) einleitend umriss.[1]

Thesen und Einführung gingen von der Kernfrage nach Mobilisierungsfähigkeit und -effektivität des NS-Regimes aus und betonten die Notwendigkeit einer systemübergreifenden Vergleichsperspektive, um die NS-Spezifik der „Mobilisierung“ genauer bestimmen zu können. Sie behandelten die widersprüchlichen Zusammenhänge von „System“, „Struktur“ und „Dynamik“, von „Ordnung“ und „Neuordnung“. Weiterhin gingen sie auf die verschiedenen Bezugsfelder „Herrschaft“ und „Krieg“ mit ihren jeweiligen, in den einzelnen Politikfeldern sehr unterschiedlich ausgeprägten Mobilisierungsschüben und Handlungsebenen ein, die sich auch in Begriffen wie „Ressourcenmobilisierung“, „Menschenmobilisierung“ und „Selbstmobilisierung“ widerspiegeln. Schließlich fragten sie nach der Tauglichkeit von NS-Begriffen wie „Mobilisierung“ und „Neuordnung“ als Forschungsleitbegriffe. In diesem Zusammenhang gingen sie auch auf die Rolle der Ideologie im Nationalsozialismus und auf die in der NS-Forschung schon lange diskutierte Frage ein, ob das landläufig als „NS-Ideologie“ bezeichnete ideelle Konglomerat überhaupt einen handlungsleitenden ideologischen Kanon darstellte. John verwies auf die Gefahr, den Mobilisierungsbegriff inflationär zu verwenden und stellte die Frage nach dem Sinn des Begriffes „Mobilisierungsdiktatur“.[2]

Diesen letzten Aspekt griff unter anderem WINFRIED SÜSS (Potsdam) auf, der

[1] Einige der präsentierten Texte sind auf der Homepage des Jenaer DFG-Projektes unter <http://www1.uni-jena.de/ns-gaue/workshop_2010.htm> verfügbar (21.05.2010).

[2] Dieser Begriff wurde zuerst von Manfred Hildermeier zur Charakterisierung der Zeit ab 1929 in der UdSSR verwendet und wurde erneut von Adam Tooze zur Beschreibung der NS-Herrschaft aufgegriffen, vgl. Adam Tooze, Stramme junge Männer in braunen Uniformen, in: Die Zeit, 28.4.2005, S. 51.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

in seinem Impulsreferat mit Nachdruck dafür plädierte, die Tragfähigkeit des Begriffes „Mobilisierungsdiktatur“ als Bezeichnung für die NS-Herrschaft zu prüfen. Anders als etwa die Bezeichnung als „Zustimmungsdiktatur“ berücksichtige dieser Begriff die freiwillige Mitwirkung erheblicher Bevölkerungsteile am NS-Staat, rücke damit ein zentrales Spezifikum des Nationalsozialismus in den Fokus und eröffne zudem Chancen für eine vergleichende Analyse moderner Diktaturen, die ähnlich wie der Nationalsozialismus ihre ökonomischen und sozialen Ressourcen „durch die aggressive Verfolgung gesellschaftlicher Transformationsutopien“ strukturell überforderten.

In der Diskussion über die analytische Tragfähigkeit des Mobilisierungsbegriffs wurde deutlich, dass diese sehr stark von der gewählten Perspektive und vom Untersuchungsgegenstand abhängig ist. Im Verlauf des Workshops war von diversen Mobilisierungsformen bzw. -typen die Rede. So beschrieb etwa ANETTE BLASCHKE (Hannover) in ihrem Impulsreferat den „Blut-und-Boden“-Kult der Nationalsozialisten als einen Versuch der ideologischen Mobilisierung, der jedoch letztlich scheiterte. Winfried Süß stellte in seinem Impulsreferat eine „Mobilisierungs-Typologie“ auf, in der er zwischen administrativer, sozialer, ökonomischer und terroristischer Mobilisierung unterschied. Gerade im Bereich der sozialen Mobilisierung sprach er dem Mobilisierungsbegriff einen analytischen Mehrwert zu, da sich mit seiner Hilfe das Spektrum der freiwilligen, gelenkten und erzwungenen Mitwirkung differenziert fassen und beschreiben lasse.

Insgesamt jedoch, so kristallisierte sich im Verlauf des Workshops heraus, ist der Begriff der Mobilisierung wohl vor allem für die Beschäftigung mit ökonomischen, politischen oder auch institutionellen Fragestellungen geeignet. OLIVER WERNER (Jena) beschäftigte sich in seinem Impulsreferat mit der Rolle von Institutionen bei der Ressourcenmobilisierung, wobei er an die Ausführungen Rüdiger Hachtmanns zur „Neuen Staatlichkeit“ des Nationalsozialismus anknüpfte.[3] Anhand zweier Beispiele zeigte Werner auf, dass im Nationalsozialismus neu geschaffene Institutionen häufig einen „doppelten Boden“ besaßen: Die Diskrepanz zwischen den vorgeblichen Zielen dieser Institutionen, die sich „vermeintlich im traditionellen Rahmen“ der Befugnisse staatlicher Einrichtungen bewegten, und den darüber hinausgehenden tatsächlichen Zugriffsmöglichkeiten sei zum Teil enorm gewesen, aber gerade dieser „doppelte Boden“ habe es ermöglicht, Ressourcen zu mobilisieren, da er bei traditionellen Administrationen bewusst falsche Erwartungen weckte.

Für Untersuchungen, die nach der sozialen Praxis und gesellschaftlicher Integration fragen, weist der Mobilisierungsbegriff dagegen nach Meinung mehrerer Workshopteilnehmer Defizite auf. In diesem Zusammenhang wurde überlegt, inwieweit „Mobilisierung“ mit dem aktuell viel diskutierten Begriff der „Volksgemeinschaft“ konkurriert oder sich mit ihm ergänzt. DETLEF SCHMIECHEN-ACKERMANN (Hannover) stellte das „Volksgemeinschafts“-Konzept in seinem Impulsreferat als Ansatz zur Analyse gesellschaftlicher Mobilisierung im Nationalsozialismus vor. Wenn er auch anerkannte, dass es sich beim „Volksgemeinschafts“-Begriff nur um eine analytische Kategorie mittlerer Reichweite handelte, betonte er doch seine Stärken: Das „Volksgemeinschafts“-Konzept rücke zum einen, anders als etwa der Begriff der „Zustimmungsdiktatur“, den dynamischen und häufig widersprüchlichen Charakter des Nationalsozialismus in den Fokus. Zum anderen sei der „Volksgemeinschafts“-Begriff umfassender als der Begriff der „Mobilisierung“, der hauptsächlich auf die Beschreibung von Ressourcenmobilisierung anwendbar sei. Zwar stelle die in den Thesen des Jenaer DFG-Projekts vorgenommene Differenzierung des Mobilisierungsbegriffes in Ressourcenmobilisierung, Menschenmobilisierung und Selbstmobilisierung den Versuch dar, auch die gesellschaftliche Ebene in die Analyse einzubeziehen. Mobilisierung funktioniere jedoch immer von oben nach unten, so ARMIN NOL-

[3] Vgl. Rüdiger Hachtmann, „Neue Staatlichkeit“ – Überlegungen zu einer systematischen Theorie des NS-Herrschaftssystems und ihrer Anwendung auf die mittlere Ebene der Gaue, in: Jürgen John / Horst Möller / Thomas Schaarschmidt (Hrsg.), Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007, S. 56-79.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

ZEN (Warburg), der diesen Begriff mit dem deutsch-amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni als einen Prozess definierte, „durch den eine Einheit beträchtliche Zugewinne in der Kontrolle von Ressourcen erzielt, die sie vorher nicht kontrolliert hat“.[4] Demzufolge sei der Begriff der „Selbstmobilisierung“ irreführend bzw. höchstens zur Beschreibung institutionellen Handelns, nicht jedoch für das einzelner Akteure geeignet. In Bezug auf eine Mobilisierung „von unten“ sollte seiner Meinung nach von „Selbstermächtigung“ gesprochen werden.

Angesichts dieser verschieden gelagerten Vorteile der Begriffe „Volksgemeinschaft“ und „Mobilisierung“ schlug Jürgen John vor, ersteren eher für eine gesellschaftsgeschichtliche Herangehensweise, den Mobilisierungsbegriff dagegen für einen strukturgeschichtlichen Zugriff zu verwenden. So gesehen ergänzen sich beide Konzepte eher, als dass sie miteinander konkurrieren. RÜDIGER HACHTMANN (Potsdam) verwies in Bezug auf den „Volksgemeinschafts“-Begriff als einem Terminus der „lingua tertii imperii“ auf die Gefahr, „der Selbstdarstellung des Nationalsozialismus aufzusitzen“. Auch der Mobilisierungsbegriff sei insofern nicht unproblematisch, als er nicht mit „flächendeckendem Aktionismus und pauschal-positiver Affirmation“ gleichgesetzt werden dürfe, sondern immer auch seine „Kehrseite“ mitgedacht werden müsse: willkürlicher Terror, Einschüchterung, Ausgrenzung und schließlich Eliminierung widerständiger, „eigensinniger“ bzw. „unerwünschter“ Bevölkerungsteile.

Intensiv diskutiert wurde in Jena des Weiteren die Frage nach der Bedeutung der Konkurrenzbasiertheit des NS-Systems für die Mobilisierung und demzufolge auch für die Verwendung des Mobilisierungsbegriffs zur Beschreibung und Analyse eben jenes Systems. Nicht jede Konkurrenz im NS-System wirkte sich als Ressourcenverschwendung und damit blockierend aus, sondern konnte gleichzeitig auch eine mobilisierende Funktion übernehmen, merkten Oliver Werner und Jürgen John an. Rüdiger Hachtmann ging noch einen Schritt weiter: Nicht nur sei das NS-Herrschaftssystem ein im Wesentlichen „konkurrenzbasierter, personalisierter Herrschaftsverband“ gewesen, in dem „informelle Netzwerke“ eine zentrale Rolle spielten, auch erkläre sich Mobilisierung im Nationalsozialismus über Konkurrenz und damit über die Dynamik des NS-Systems. Demnach berge der Konkurrenzmechanismus letztlich auch eine gewisse Effizienz in sich. Das Konkurrenzprinzip, ergänzte Winfried Süß, wirkte insbesondere dann mobilisierend, wenn es um Machtkonflikte und Kompetenzen ging.

Diese Position, die dem Phänomen der Konkurrenz eine relativ große Bedeutung bei der Analyse der „Mobilisierung im Nationalsozialismus“ zuschreibt, fand jedoch nicht nur Zustimmung unter den Workshopteilnehmern. So fragte etwa Armin Nolzen, ob es für die wissenschaftliche Forschung grundsätzlich sinnvoll sei, den Begriff der Polykratie durch den der „Konkurrenz“ zu ersetzen, oder ob jener Polykratie-Begriff, der das NS-Spezifische beschreibe, nicht ausreiche. Nolzen plädierte außerdem dafür, die vorhandenen Konkurrenzen genauer zu beschreiben und zu differenzieren.

Weiterhin wurde die vom Jenaer DFG-Projekt vorgenommene Periodisierung in vier „Mobilisierungsschübe“ mit den Zäsuren 1936, 1939, 1942/43 und 1944/45 einer Kritik unterzogen. Alternativ wurde überlegt, bereits das Jahr 1933 als Zäsur zu begreifen, da es 1933 massive Parteieintritte sowie antisemitische Aktionen gegeben habe, so KARL-GÜNTHER ZELLE (Zornheim). Dagegen hielt Detlef Schmiechen-Ackermann, dass eine politische Mobilisierung der Gesellschaft bereits 1929 stattgefunden habe.

Armin Nolzen arbeitete in seinem Impulsreferat zur NSDAP als einer von mehreren mobilisierenden „Einheiten“ im NS-System in Anlehnung an Amitai Etzioni drei Wellen der Mobilisierung bzw. verstärkter Ressourcenkontrolle heraus: Die Beitritte zur NSDAP 1933 als Zugewinn von Kontrolle über personelle Ressourcen, eine zweite Welle von September 1935 bis zum Jahreswechsel 1941/42, in der die NSDAP ihre Verfügung über ökonomische, kognitive und symbolische Ressourcen (Einfluss, Autorität und Vertrauen) ausgedehnt habe und eine dritte Welle ab Winter 1941, in der sich die Partei schließlich

[4] Amitai Etzioni, Die aktive Gesellschaft. Eine Theorie gesellschaftlicher und politischer Prozesse, Opladen 1975, S. 407.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

auf die Mobilisierung personeller und kognitiver Ressourcen konzentriert habe, während die Kontrolle über ökonomische und symbolische Ressourcen deutlich zurückgegangen sei.

Die Entscheidung des Jenaer DFG-Projekts, das Jahr 1936 aufgrund des Vierjahresplanes als relativ späten ersten Mobilisierungsschub zu fixieren, begründete Jürgen John mit der Überlegung, dass 1933 zwar als eine Zäsur anzusehen sei, diese jedoch vielmehr für eine Transformationsphase stehe. Außerdem sei mit der Bezeichnung als „Schub" lediglich eine Verstärkung gemeint, was nicht ausschließe, dass eine Mobilisierung bereits vorher stattgefunden hat. John warnte schließlich davor, den Begriff inflationär zu verwenden, da als weitere Zäsuren auch der Erlass der Nürnberger Gesetze 1935 sowie das Jahr 1938 vorgeschlagen wurden – aufgrund des Anschlusses Österreichs und der Sudetenkrise. BERNHARD GOTTO (München) machte daraufhin den Vorschlag, je nach gesellschaftlichem Subsystem unterschiedliche Zäsuren festzuhalten.

Schließlich wurden auch die Besonderheiten von Mobilisierung unter Kriegsbedingungen diskutiert. Die Thesen des Jenaer DFG-Projekts charakterisierten das Phänomen der Mobilisierung im Nationalsozialismus ganz eindeutig als von Anfang an kriegs- und nicht etwa herrschaftsgerichtete Mobilisierung, wobei sich jedoch Unterschiede ausmachen lassen zwischen den beiden untersuchten Politikfeldern der Rüstungs- bzw. Ernährungswirtschaft. Die Industrie schien 1939 schon kriegsbereit, konstatierte JOACHIM HENDEL (Jena) in seinem Impulsreferat. Die Mobilmachungsmaßnahmen zu Kriegsbeginn hätten dementsprechend vor allem und in erheblichem Maße in den Agrar- und Ernährungssektor eingegriffen, unter anderem mit der Gründung von Landes- bzw. Provinzialernährungsämtern, die in der Folge zu wirkungsvollen neuen Mittelinstanzen aufgestiegen seien. Diese Maßnahmen hätten an die Mobilmachung von 1914 angeknüpft und Lehren aus der mangelhaften ernährungspolitischen Absicherung des Ersten Weltkrieges gezogen; sie hätten also eher in der Tradition klassischer Mobilmachung gestanden als in der Tendenz NS-spezifischer „entgrenzter" Mobilisierung.

Ein Beispiel für eine besonders radikale Form der Mobilisierung unter den extremen Bedingungen des letzten Kriegsjahres brachte dagegen MARC BARTUSCHKA (Jena) in die Diskussion ein, der Ergebnisse seiner Dissertation über die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring" (REIMAHG) und deren Zwangsarbeitereinsatz im Jahr 1944/45 vorstellte. Auch MARKUS FLEISCHHAUER (Coburg) stellte unter Bezugnahme auf seine jüngst erschienene Dissertation über den „NS-Gau Thüringen 1939-1945" eine zunehmende Radikalisierung während der letzten Kriegsjahre fest. Unter den extremen Belastungen des „totalen Krieges" hätten sich nicht nur der „Trutzgau" Thüringen, sondern die Gaue allgemein – nun zu Reichsverteidigungsbezirken erhoben und mit umfangreichen Funktionen ausgestattet – als wichtige regionale Mittelinstanzen durchgesetzt.

In seinem Schlusswort schlug THOMAS SCHAARSCHMIDT (Potsdam) einen systematischen Vergleich mit anderen Diktaturen und politischen Systemen vor. So könnten der Mobilisierungsbegriff geschärft und das, was NS-spezifisch sei, genauer bestimmt werden. Anbieten würde sich beispielsweise ein Vergleich mit der Mobilisierung und den neustaatlichen Strukturen im faschistischen Italien, wobei speziell auf regionaler Ebene den Fragen nachzugehen wäre, welche Institutionen dort entstanden sind, wie effizient diese waren, ob es ähnliche Konkurrenzmechanismen wie im NS-System gab und wie diese sich auswirkten.

Konferenzübersicht:

Begrüßung und Einführung
Jürgen John (Jena)

Themenblock I: „Mobilisierung" – Grundaspekte, Begriffe und Instanzen
Moderation: Thomas Schaarschmidt (Potsdam)

Rüdiger Hachtmann (Potsdam): Neue Begriffe und Ansätze zur Beschreibung von Integrations- und Mobilisierungsprozessen im NS-System

Oliver Werner (Jena): Mobilisierungsstrukturen oder Mobilisierung ohne Strukturen?

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.

Armin Nolzen (Warburg): Die NSDAP und die Mobilisierung der deutschen Gesellschaft

Thesenpapiere:
Fabian Scheffczyk (Berlin): Landesplanung und Mobilisierung
Rüdiger Stutz (Jena): Gautypen und Mobilisierung in der Vierjahresplan-Periode

Themenblock II: Ideologische Mobilisierung
Moderation: Bernhard Gotto (München)

Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover): Der „Volksgemeinschafts"-Begriff als Ansatz zur Analyse gesellschaftlicher Mobilisierung im Nationalsozialismus

Anette Blaschke (Hannover): Ideologische Mobilisierung im „völkischen Kernland"

Thesenpapiere:
Christian Bunnenberg (Köln): NS-Schulungen im Gau Westfalen-Nord 1933-1945
Christine Schoenmakers (Bremen): Volksgemeinschaftliche Mobilisierungspotenziale im Justizalltag
Christian Senne (Hamburg): Der „koloniale Gedanke" und die Mobilisierung für den Krieg im NS-Staat

Themenblock III: Mobilisierung im Krieg
Moderation: Oliver Werner (Jena)

Winfried Süß (Potsdam): Mobilisierung oder Selbstzerstörung?

Joachim Hendel (Jena): Reichsnährstand und Landesernährungsämter – Mobilisierung der Landwirtschaft für den Krieg

Thesenpapiere:
Markus Fleischhauer (Coburg): Gaustrukturen und -funktionen 1939-1945 in Thüringen
Marc Bartuschka (Jena): Mobilisierungspotenziale in der Extremsituation – Die NS-Betriebsgruppe „Reichsmarschall Hermann Göring" (REIMAHG) und der Zwangsarbeitereinsatz 1944/1945

Abschlussdiskussion
Moderation: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hannover)

Schlusswort/Ausblick:
Thomas Schaarschmidt (Potsdam)

Tagungsbericht *Mobilisierung im Nationalsozialismus*. 10.03.2010–11.03.2010, Jena, in: H-Soz-Kult 29.05.2010.

© H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved.